

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 3

Artikel: Das nicht überwundene Vorgestern : Bemerkungen zur Opposition in der Deutschen Bundesrepublik
Autor: Faust, Helmuth
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160817>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DAS NICHT ÜBERWUNDENE VORGESTERN

BEMERKUNGEN ZUR OPPOSITION IN DER DEUTSCHEN
BUNDESREPUBLIK

VON HELMUTH FAUST

1945 ging eine der furchtbarsten Katastrophen der Weltgeschichte zu Ende. Sie hat rund 22 Millionen Menschen das Leben gekostet. (Diese Ziffer, zitiert nach Peter Viereck, «Four Portraits of Monsters», The New Leader, New York, 24. November 1952, ist einem Bericht des Vatikans vom 21. November 1945 entnommen und umfaßt sowohl gefallene Soldaten und getötete Zivilpersonen als auch die Opfer der nationalsozialistischen Konzentrationslager.) Das Land, das diese Katastrophe verschuldete und gleichzeitig von ihr wohl am verheerendsten getroffen wurde, mußte von neuem anfangen, ein Staatswesen aufzubauen. Unter vielen anderen bösen Folgeerscheinungen hat es die Katastrophe mit sich gebracht, daß Deutschland in zwei Teile geteilt wurde. Sein östlicher Teil wurde dem Sowjetblock einverleibt und erhielt die «Staatsform», die innerhalb dieses Machtblocks die einzig mögliche ist. Der andere Teil wurde, der westlichen Tradition gemäß, zur Demokratie. Um die inneren Widersacher dieses demokratischen Teils, der Deutschen Bundesrepublik, geht es in diesem Aufsatz.

Das Jahr Null?

Die geschichtliche Ausgangslage, die ich oben erwähnt habe, das Jahr 1945, bot den überzeugten Gegnern des Faschismus zweifellos mancherlei Veranlassung, einen totalen Neubeginn zu erhoffen. Die Katastrophe schien eine *tabula rasa* zurückgelassen zu haben, ein mächtiges Trümmerfeld realer wie geistiger Art. Psychologisch ist diese Hoffnung durchaus begreiflich. Ob sie allerdings zu verwirklichen war, wollen wir noch untersuchen. Jedenfalls fand das Jahr Null nicht in dem Ausmaße statt, in welchem die Gegner des Nationalsozialismus innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen es erwartet hatten. Diese Tatsache läßt sich aus den politischen Gegebenheiten des Jahres 1945 und vor allem der nachfolgenden Jahre unschwer erklären. Der Katastrophe folgte zwar eine Periode der Erschöpfung, aber sie war nicht zugleich auch eine Periode der Ruhe, die einen völligen und unbeeinflussten Neubeginn erlaubt hätte. Die Welt glitt ohne Übergang aus der Katastrophe hinein in eine neue schwere Krise, deren Tiefpunkt heute noch nicht erreicht ist, und die eines Tages zu einer neuen Katastrophe werden kann. Angesichts

dieser neuen Krise, angesichts eines neuen Gegners, der dem eben überwundenen an Skrupellosigkeit und Machthunger in nichts nachstand, erwies es sich als notwendig, das Vakuum in Westdeutschland so schnell wie möglich zu beseitigen, das schwer betroffene Gebiet rasch wieder aufzubauen, auch auf die Gefahr hin, daß manche Überbleibsel aus unseliger Vergangenheit in das neue Gebäude mit eingefügt wurden. Das sind wohlbekannte Tatsachen, aber sie sind in diesem Zusammenhange erwähnenswert, weil hier die psychologischen Wurzeln für einen erheblichen Teil der Opposition in der Bundesrepublik liegen.

Rudolf Pechel schrieb in jenen ersten Jahren nach dem Kriege: «Die ganze Welt lebt in Unruhe und Angst vor neuen Verwicklungen. Denn die Völker haben begriffen, daß die nicht erfolgte Abkehr von den alten Grundsätzen wieder in die in den letzten dreißig Jahren zweimal betretene Sackgasse führen muß. . . . In Wahrheit zeigt sich . . . die Alternative: entweder radikale Sinnesänderung in der ganzen Welt oder Vernichtung.» (Rudolf Pechel: «Deutscher Widerstand», Eugen Rentsch-Verlag, Erlenbach-Zürich 1947, S. 271.) Diese bitteren, mahnenden Worte spiegeln sehr genau die Stimmung wider, die damals unter den meisten Antifaschisten herrschte, und man muß ihm auch zustimmen, wenn er fortfährt: «Es nimmt daher nicht wunder, daß in dem am Boden liegenden Deutschland, dem noch kein Hoffnungsschimmer sich zeigt, die Wurzeln der nationalsozialistischen Giftblume nicht ausgerottet sind, sondern wieder zu treiben beginnen.» Dieses harte Urteil ist durchaus nicht ungerechtfertigt für den, der mit der radikalen «Ausrottung» dieser Wurzeln gerechnet hat und in seinen Erwartungen getäuscht wurde. Es ist jedoch interessant, festzustellen, daß selbst ein kluger, politisch integrierter und klarsichtiger Mann wie Pechel in seiner Bilanz mit keinem Wort erwähnt, *warum* diese «radikale Sinnesänderung», die er mit Recht herbeisehnt, nicht eingetreten ist, daß es die Sowjetunion war, die sie mit ihrer bald nach Kriegsende offenbar werdenden Politik der Drohung und Gewalt verhinderte. Es besteht doch wohl kein Zweifel darüber, daß ohne den ständigen Druck, die dauernde Gefährdung des Friedens durch Sowjetrußland die Westmächte eine andere und für die Nationalsozialisten weit weniger nachsichtige Deutschlandpolitik verfolgt hätten. Das ist eine Feststellung, keine Entschuldigung für die in gewissem Umfang bestehende «Restauration» nationalsozialistischer Elemente in der Bundesrepublik. Pechel hat diese Zusammenhänge längst erkannt und in aller Schärfe verurteilt, aber es gibt noch heute sehr viele Antifaschisten, die sie nicht wahrhaben wollen, und in ihrer Enttäuschung über die verpaßten Gelegenheiten des Jahres 45 sind sie nicht bereit, der noch jungen deutschen Demokratie wenigstens den guten Willen zuzubilligen, den sie in vieler Hinsicht bewiesen hat. In vieler, nicht in jeder Hinsicht, das sei zugegeben. Von der Wiedergutmachungspolitik, von der Beschäftigung ehemaliger Nationalsozialisten in Ministerien und anderen hohen Äm-

tern bis zu den oft gefährlich milden Urteilen westdeutscher Richter gegen frühere Kriegs- oder KZ-Verbrecher gäbe es in Hülle und Fülle Anlaß für Kritik *im einzelnen*, Möglichkeiten für den Versuch eines Entgegenwirkens von Fall zu Fall. Aber diese Möglichkeiten gehen verloren, wenn man sich in einen abstrakten, summarischen Antifaschismus und damit in eine Gegnerschaft um jeden Preis gegenüber der deutschen Demokratie verrennt. Es heißt, die Gegenwart unverzagt mit den Maßstäben von vorgestern messen, und es lenkt nur von den wirklichen Mißständen ab, will man, wie Kirchenpräsident Niemöller es im September 1957 einem Mitarbeiter der «Baltimore Sun» gegenüber getan hat, behaupten, in der Bundesrepublik «stehe ein neuer Hitlerfaschismus vor der Tür». Solche sinnlosen Übertreibungen nützen nicht der Demokratie, sondern nur ihren — inneren und äußeren — Feinden.

Das Jahr Null gab es aber auch im östlichen Teil Deutschlands nicht, wie uns die Gegner Adenauers in der Bundesrepublik oft gerne weismachen möchten. Trotz zahlreicher Verhaftungen, Enteignungen und anderer Maßnahmen gegen ehemalige Nationalsozialisten, wie sie in der ersten Zeit nach dem Kriege ergriffen wurden, hat sich auch in der Sowjetzone alsbald eine Verschmelzung ehemaliger nationalsozialistischer Elemente mit dem neuen System vollzogen. Das Zwischenspiel der National-Demokratischen Partei basierte auf dem Mythos vom «harmlosen, kleinen Parteigenossen», und ehemalige nationalsozialistische Offiziere wie Vinzenz Müller kamen bald zu hohen Ehren in der sowjetdeutschen «Volksarmee». Abgesehen von den weitgehenden Übereinstimmungen zwischen faschistischer und kommunistischer Theorie und Praxis, läßt sich auch, anhand der Tatsachen, das Märchen der gründlichen Entnazifizierung der Sowjetzone nicht aufrechterhalten. Diese wurde gerade nur so weit durchgeführt, wie es dem Ulbricht-Regime nützte. Dennoch berufen sich auch heute noch viele der westdeutschen sogenannten Nonkonformisten darauf und konfrontieren einen angeblichen Neofaschismus in der Bundesrepublik mit einem radikalen Antifaschismus in der DDR. Dieser Versuch wird der politischen Wirklichkeit nicht gerecht, und er beruht auf der zwar verbreiteten, aber irrtümlichen Gleichsetzung von Antifaschismus und Kommunismus, einer Gleichsetzung, die von den Kommunisten aus verständlichen Gründen eifrig angepriesen wird, da sich aus ihr beträchtliches propagandistisches Kapital schlagen läßt.

Organisierte und nicht organisierte Opposition

Wie sich aus dem Vorangegangenen ersehen läßt, geht es mir in diesen Bemerkungen zur Opposition in der Bundesrepublik — die nur Bemerkungen sind und keinen Anspruch darauf erheben, eine vollständige Analyse zu bieten — darum, etwas über den Boden auszusagen, in welchem diese

Opposition wurzelt, über die Reservoirs, aus denen sie ihre Argumente schöpft.

Hier drängt sich nun die Feststellung auf, daß wir unterscheiden müssen zwischen einer parteigebundenen, organisierten und einer frei wuchernden, aus verschiedenartigsten Quellen gespeisten, nicht organisierten Opposition. Daß diese nicht organisierte oppositionelle Schicht relativ dünn ist, hat sich bei den Bundestagswahlen 1953 und 1957 deutlich gezeigt. Aber dennoch halte ich es für gefährlich, diese «wilde» Opposition zu unterschätzen. Und nicht nur darum, weil sich aus ihr die Schützenhilfe für die organisierte Opposition zusammensetzt, sondern auch darum, weil ihr die politisch-dogmatischen Bindungen fehlen, weil sie gefühlsbetonter und daher weit schwerer als die organisierte Opposition zu fassen ist. Vom Ressentiment und der enttäuschten Hoffnung bis zur falsch beurteilten politischen Wirklichkeit reicht die stark nuancierte Skala der Gründe für das Verhalten der westdeutschen Opposition. Was bei den in Parteien organisierten Widersachern der Regierung Adenauer noch zurückzuführen wäre auf Erwägungen der Nützlichkeit, auf Parteidisziplin, ideologische Gegensätze und ähnliches, das entspringt bei den nicht organisierten Oppositionellen häufig nur der «politischen Neurose», um mit Arthur Koestler zu reden. Denn: «Als neurotisch kann man einen Menschen bezeichnen, dessen Kontakt mit der Wirklichkeit irgendwie fehlerhaft ist, und dessen Urteile nicht von Tatsachen, sondern von seinen Wünschen und Ängsten bestimmt sind.» (Arthur Koestler, «Politische Neurosen», Der Monat, Dezember 1953.) Diese Definition mag noch ganz allgemein dem Gebiet der Psychiatrie angehören, aber Koestler sagt sehr richtig, daß neurotische Verdrängungen, Wunschdenken, Psychosen, Angst vor der Wirklichkeit eben auch auf politischem Gebiet vorkommen können. Und das gestörte Verhältnis zur Wirklichkeit ist für die Opposition in der Bundesrepublik — und zwar sowohl für die organisierte wie für die nicht organisierte — unheimlich charakteristisch. Auch das trifft zu, was Koestler an gleicher Stelle sagt: «Die politischen Klischees, die dabei als Rationalisierung unbewußter Ängste dienen, sind ebenso belanglos wie die Erklärungen eines Neurotikers, warum er z. B. keinen Fisch isst.» Auch diese politischen Klischees sind in der Bundesrepublik recht vielfältig, vom mißverstandenen Sozialismus, hartnäckigen Pazifismus bis zum echten Nationalismus oder zu einer besonderen Spielart von Nationalismus, die ausgerechnet aus der Ecke kommt, in der man sie ursprünglich nicht hätte erwarten sollen, nämlich der linken, einstmals international denkenden, die heute mit Vorliebe betont, die «Belange der deutschen Nation» zu vertreten, seit Schumachers Tagen eine beliebte Formel. («Die sozialistische Ordnung, die Schumacher erstrebte, war vom Staat her, — und das bedeutet zugleich: von der Nation her — entworfen.» Richard Petry, «Die SPD und der Sozialismus», Frankfurter Hefte, September 1954.)

Wo die politischen Klischees auch auf scheinbare Unterschiede hindeuten mögen, sind es doch Wunschdenken und gestörtes Verhältnis zur Wirklichkeit, also «politische Neurose», die organisierte und nicht organisierte Opposition miteinander verbinden und beide eine gemeinsame Sprache sprechen lassen. Diese gemeinsame Sprache kommt dann — freilich nicht zum erstenmal! — in den Kundgebungen und Aufrufen der Aktion «Gegen den Atomtod» zu schöner Geltung.

Die Ideale von 1918

Da wir uns hier in erster Linie mit der sogenannten «wilden», nicht organisierten Opposition befassen wollen, ist es wohl gerechtfertigt, wenn ich auf einige charakteristische Stellen aus einem privaten Briefwechsel eingehe. Sie werfen ein bezeichnendes Licht auf eine Argumentation, wie sie übrigens den Oppositionellen aller Schattierungen gemeinsam ist.

Zunächst ein paar Worte über den Briefschreiber, den ich aus verständlichen Gründen anonym bleiben lasse. Er gehört zum Jahrgang 1902 und war in der Freideutschen Jugendbewegung. Sein politisches Bewußtsein formte sich um das Jahr 1918 und seine Ideale sind immer noch jene aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Und diese Vergangenheit spürt man in seinen Briefen. So schrieb er z. B.: «Ich bin stolz darauf, daß ich heute noch genau so denke wie damals, daß ich immer noch der alte bin!»

Diesen merkwürdigen Stolz teilt er mit unzähligen «Nonkonformisten», die sich mit ihrer Unbeweglichkeit brüsten und sie für mannhafte Konsequenz halten, ohne zu begreifen, daß auch die unbeugsamste Haltung sinnlos wird, wenn sie nicht dauernd mit den politischen Gegebenheiten in Einklang gebracht wird. Die Briefe meines Freundes wimmeln von Anrufungen der Freiheit — ohne daß er sie freilich jemals definiert hätte —; sie sind voll von paranoischen Behauptungen, diese Freiheit werde in der Bundesrepublik, und im Westen überhaupt, ständig vergewaltigt. Diesen Byzantinismus gegenüber dem Freiheitsbegriff, diese Verabsolutierung ihrer Regeln gehört zu den Hauptmerkmalen der Opposition in der gesamten westlichen Welt. Suzanne Labin sagt darüber: «Il est grand temps de sortir de cette scolastique qui perd l'essence de la liberté pour l'amour de ses règles, au demeurant mal comprises. Il faut réapprendre aux démocrates à s'affirmer vigoureusement comme firent leurs grands ancêtres, face à tous les despotes. Il faut leur réapprendre à ne pas confondre tolérance avec abdication, et à se moquer du sophisme selon lequel le régime démocratique, seul entre tous et parce qu'il se fonde sur la liberté, ne saurait se défendre sans se contre-

dire. Sophisme qui est un excellent moyen de dégoûter de la liberté le nombre important de citoyens qui n'apprécient pas le suicide.» (Suzanne Labin, «Les Entretiens de Saint-Germain», Spartacus, Paris 1957, p. 62.) Der letzte Satz dieses Zitats scheint mir einer der wichtigsten zu sein, die seit längerer Zeit geschrieben worden sind. Der Sophismus, von dem Suzanne Labin spricht, kann demjenigen, der sich dem totalitären Gegner nicht kampflos ergeben will, in der Tat den Geschmack an einer genau abgezirkelten, ängstlich — und rein äußerlich — gehüteten, sozusagen grundgesetzlich verbrieften Freiheit verderben. Daß Freiheit auch in stolzer, kraftvoller Auflehnung gegen den *wahren* Despotismus bestehen kann, selbst wenn einige Regeln dabei verletzt werden sollten, das begreifen mein Briefpartner und seine Gesinnungsfreunde ebensowenig wie sie begreifen, daß man sich durch eine starre Scholastik in der Anwendung des Freiheitsbegriffs die echte demokratische Unabhängigkeit leicht verscherzen kann.

Aber 1918 waren solche jungen Menschen wie mein Briefpartner eben «für die Freiheit an sich», komme, was da wolle. Dieser Geist der Auflehnung war zweifellos nicht nur der Zeit, sondern auch dem damaligen Lebensalter meines Freundes angemessen. Doch gibt es ein kluges Wort, das, wenn ich mich recht erinnere, ein Franzose einmal gesagt hat, daß nämlich, wer mit zwanzig Jahren nicht radikal sei, kein Herz, wer aber mit vierzig Jahren immer noch radikal sei, keinen Kopf habe. Unser Verhältnis zur Freiheit sollte dem gleichen Reifeprozess unterliegen, dem auch unsere übrige Entwicklung unterworfen ist. Diejenigen Oppositionellen, die sich mit Stolz darauf berufen, noch immer die Rebellen um jeden Preis zu sein, die sie mit achtzehn Jahren waren, beweisen damit nur, daß sie niemals erwachsene Menschen geworden sind.

Von der gleichen Starrheit zeugt auch der folgende Satz aus einem Brief meines Freundes: «Hinzu kommt meine pazifistische Grundhaltung, die ich in gut vierzig Jahren nicht zu revidieren Veranlassung hatte.» Diese Grundhaltung hatte er — wie so viele, ähnlich verbohrte Pazifisten — in einem Kriege erworben, der wohl der letzte seiner Art war, blutiger und zerstörerischer als seine Vorgänger, aber doch noch «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln». Heute werden keine Kriege mehr wegen Grenzstreitigkeiten oder um Absatzmärkte geführt. Sie sind zu tödlichen Auseinandersetzungen weltanschaulicher Natur geworden. Der Sieg der einen Partei stellt die Existenz der besiegten Partei in Frage. Es geht um die Erhaltung der Lebensform. Aber auch diese grundsätzliche Wandlung im Wesen des Krieges, eine der entscheidendsten Veränderungen der vergangenen vierzig Jahre, hat meinen Briefpartner und seine pazifistischen Gesinnungsfreunde nicht veranlaßt, ihre Haltung zu revidieren. Sie bringen es nicht fertig, sich vom Vorgestern zu lösen.

«Adenauer, der Teufel»

Träger alles Bösen in der bundesdeutschen Politik der Gegenwart, eine Art Teufelsgestalt, der die verderblichen Äußerungen wie Spruchbänder aus dem Munde flattern, ist für unsere Oppositionellen, organisierte wie nicht organisierte, der Bundeskanzler Adenauer, dessen «machtlüsterne Politik von Senilität, Altersbosheit und karnevalistischer Leichtfertigkeit gestaltet zu werden scheint», wie sich der bayrische Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Max Wönner, am 24. Februar 1955 bei einer Protestkundgebung gegen die Pariser Verträge in München vernehmen ließ. (Zitiert nach «Frankfurter Rundschau», 25. Februar 1955.) Hier befinden wir uns in den Bereichen eines verweltlichten Gnostizismus, die von Dämonen einerseits, von «heiligmäßigen» Leitbildern andererseits bevölkert sind: mit Adenauer, dem «alten, bösen Manne», gibt es keine Erlösung, ohne ihn steht das Paradies vor der Tür; so ungefähr lautet die Devise unserer nonkonformistischen Gnostiker. Die «guten» Leitbilder, etwa ein Albert Schweitzer, ein Bertrand Russell oder weiland Albert Einstein, werden zu Statthaltern in einem fiktiven Reiche der Güte und Vernunft ernannt. Wie Adenauer die bösen und unvernünftigen, so flattern diesen Leitbildern die guten und vernünftigen Spruchbänder aus den Mündern. Aber sie alle, der «Teufel» Adenauer wie die «Heiligen» Schweitzer, Russel und Einstein, sind zu Karikaturen mit eindeutiger politischer Zweckbestimmung geworden, was allerdings weder die Schuld des umsichtigen Politikers Adenauer, noch diejenige der wohlmeinenden und ehrlich besorgten Philosophen und Wissenschaftler ist. Ihre Worte und Taten werden lediglich von den «politischen Neurotikern» verfälscht, die durch ihr Wunschdenken daran gehindert werden, die Welt so zu sehen, wie sie ist. Dieser Gnostizismus der westdeutschen Opposition ist bestenfalls ein Rückfall in ein primitives Stadium der Personifikation, aber man kann damit — und in seinem Geiste — keine Politik machen. Es ist höchst bedenklich, daß die Oppositionsparteien gerade aus ihm politisches Kapital zu schlagen versuchen. Im Mittelpunkt dieses irrationalen, emotionsbedingten Treibens in der Bundesrepublik steht die Frage der Wiedervereinigung. Hier konzentrieren sich auch in der Hauptsache die Angriffe auf den Bundeskanzler. Es genügt der Opposition aber nicht, einfach zu behaupten, Dr. Adenauer «verhindere» oder «erschwere» die Wiedervereinigung durch «unvernünftiges und fahrlässiges Handeln». Zur Dämonisierung gehört das Motiv der Bosheit, zumindest das Motiv der rücksichtslosen Selbstsucht. Wie äußert sich nun mein Briefpartner zu diesem Problem? «An die Wiedervereinigungsabsichten des Herrn Adenauer glauben kaum noch seine treuesten Freunde, denn er weiß ganz genau, daß er dann nicht mehr Kanzler sein kann, daß er dann zu viele ‚Ketzer‘ in sein Reich bekäme.» Unter «Ketzer» versteht mein Freund hier natürlich

Protestanten, deren Schwerpunkt von jeher im Osten Deutschlands gelegen hat. Das wäre also der nächste «Poltergeist», die Legende vom «Katholischen Reich» in der Bundesrepublik, das Märchen von der «klerikalen Überfremdung». Vor kurzem hörte ich in lutherischen Kreisen sogar — und wiederholt! — das Schlagwort von der «Gegenreformation». In dieser Legende drückt sich wiederum ein Restbestand des ewigen Vorgestern aus, der antikirchliche, speziell antikatholische Komplex der deutschen liberalen Intelligenz. Die unzutreffenden, gefährlich vereinfachenden Gleichsetzungen Protestantismus-Liberalismus und Katholizismus-Reaktion gehören seit der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts, seit dem Aufstieg Preußens, zu den gängigen Klischees. Bedenklich wird eine solche Simplifikation aber dann, wenn diese Klischees zu politischer Münze umgeprägt werden. Und das tut die evangelische Opposition unter der Führung der Niemöller und Heinemann. Sie warnt wortreich vor einer katholischen Überlagerung der Bundesrepublik. Ihre eigene Sorge um den verlorenen Schwerpunkt der evangelischen Kirche im Osten Deutschlands läßt sie jedoch zu Förderern einer Politik der Wiedervereinigung um jeden Preis werden, obgleich sie gut genug weiß, wie entsetzlich hoch dieser Preis werden kann.

Gestörter Sinn für Proportionen

Bei der jüngst vergangenen, heftig bewegten Atomdebatte im Bundestag kam es zu einem Zwischenfall, als die SPD den Antrag stellte, die am Morgen des gleichen Tages beschlossene Zeitbeschränkung für die Redner wieder aufzuheben. Der Antrag wurde mit triftiger Begründung abgelehnt. Da erhob sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Arndt und beklagte sich mit bitteren Worten über «Terror und Unterdrückung». Mein Brieffreund äußerte sich zu diesem Thema folgendermaßen: «Einem Bekannten ist kürzlich in Argentinien von einem Journalisten ein Kompliment als Deutscher gemacht worden. Der Argentinier sagte ihm, das deutsche Volk sei doch ungemein tüchtig und produktiv, da es in kurzer Zeit so bedeutende Staatsmänner wie Hitler und Adenauer hervorgebracht habe. Der Mann ist nahe an die Wahrheit herangekommen. Diese beiden Männer sind aus durchaus ähnlichem Holze geschnitzt.»

Der gestörte Sinn für Proportionen entspringt dem gestörten Sinn des Neurotikers für die Wirklichkeit. Die maßlose Übersteigerung des Angriffs ist aber auch ein Merkmal der Propaganda aller Parteien mit totalitären Ansprüchen, der Kommunisten wie der Faschisten. Es ist ein bedenkliches Zeichen, daß sich diese Methode nun auch in die Sitten und Gebräuche von Oppositionellen eingeschlichen hat, die sich viel darauf zugutehalten, für die Wahrung der demokratischen Rechte zu

kämpfen. Man hat seinen Gegnern, den Autoritären, offenbar mit Erfolg abgelauscht, wie man's macht. Vor allem aber scheint mir dieses Verfahren darauf hinzudeuten, daß die Gegner der Regierung Adenauer, die so leichtfertig mit Begriffen wie Terror und Unterdrückung umgehen, offenbar nicht wissen, wie wirklicher Terror, wirkliche Unterdrückung aussehen. Der Anschauungsunterricht, den sie zwölf Jahre hindurch in Deutschland erhalten haben, den sie immer noch täglich im Osten erhalten, hat ihnen nicht genügt.

Wie sehr der Sinn für Proportionen in der Bundesrepublik in Unordnung geraten ist, mag folgendes Zitat beweisen. Ich fand es im Leitartikel eines «Extrablattes», herausgegeben vom «Verein für Wahrheit und Sauberkeit im öffentlichen Leben» und beigelegt der vom Vorstand der SPD herausgegebenen Zeitschrift «Die Debatte» vom Mai 1957. Es geht um den sogenannten «Göttinger Appell» der 18 deutschen Atomphysiker gegen die atomare Aufrüstung. In diesem «Extrablatt» heißt es: «Das war der Aufstand des Gewissens. Als am Ende des vorigen Jahres das ungarische Volk gegen seine kommunistischen Bedrücker aufstand, nannten wir es auch den Aufstand des Gewissens...» Und einige Zeilen weiter: «Bei uns wird jetzt ebenfalls versucht, diese Sprecher der Nation mundtot zu machen...» Über die Geschmacklosigkeit, den Zynismus eines derartigen Vergleiches läßt sich wohl kaum streiten. Leider ist er symptomatisch, kein isolierter Einzelfall. Freundliche, aber gerechtfertigte Hinweise auf die unterschiedlichen Kompetenzgebiete des Wissenschaftlers und des Politikers — oder Panzerwagen, aus deren Schießscharten die Garben prasseln, die ein um seine Existenz kämpfendes Volk hinmähen: es ist ihnen alles eins. Es ist der gleiche Relativismus, der das Publikum bei der am 23. März 1958 vom Arbeitsausschuß «Gegen den Atomtod» in der Frankfurter Kongreßhalle veranstalteten Protestkundgebung, bei den Ansprachen des Journalisten Robert Jungk und des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willi Richter, den Generalstreik fordern ließ, jenes äußerste, nur für den prekärsten politischen Notstand anwendbare Mittel der Arbeiterschaft. Dieser Relativismus ist rückwärtsgewandt, ein Tribut an das nicht überwundene Vorgestern. Die turbulenten zwanziger Jahre waren voll von übersteigerten Protesten, unsinnigen Gleichsetzungen, kurz, verzerrten Proportionen. So charakterisiert der deutsche Schriftsteller Rudolf Krämer-Badoni den Anteil des westdeutschen Journalismus an dieser Misere: «Sie suchen täglich nach Krisen, nach öffentlichen Gefahren, nach böswilligen Lüsten der Regierenden... Wenn gerade keine echte Vogelscheuche da ist, putzen sie eine auf und stechen sie mit glänzenden Tiraden ab.» (Rudolf Krämer-Badoni, «Ungeschriebene Leitartikel», Forum, Wien, April 1958.)

Unter die Rubrik des gestörten Sinnes für Proportionen fällt wohl auch die verbreitete Tendenz, mit zweierlei Maß zu messen. Wie man im

Bösen sich nicht scheut, die Zurechtweisung der westdeutschen Atomphysiker mit der brutalen Niederwerfung der ungarischen Revolution gleichzusetzen, so ist man auf der anderen Seite nicht gern bereit, im östlichen Gegner einen ebenso rigorosen Mißachter der Menschenrechte zu sehen, wie etwa der Nationalsozialismus es war. Man geht häufig sogar so weit, über angebliche Verletzungen demokratischer Spielregeln im Westen lauter zu schreien als über die dauernde Unterdrückung *aller* demokratischen Freiheiten im Osten. Auch hier wirken die vorgestrigen Illusionen fort. Vor zwanzig Jahren schrieb ein Thomas Mann: «Wir sahen oft mit Staunen, daß man mit diesem Regime und seinem unsäglichem, meist offen kriminellen Personal verkehrte, als handle es sich um einen Staat wie einen anderen; daß die Friedensreden des Hitler von einer Welt, die für den notwendigen Zusammenhang von innerer und äußerer Politik überhaupt keinen Sinn zu haben schien, mit dankbarer Erleichterung aufgenommen wurden; daß man ihnen glaubte oder sich den Anschein gab, es zu tun.» (Thomas Mann, «Dieser Friede», Bermann-Fischer-Verlag, Stockholm 1938, S. 11.) Ausgezeichnet und auf die damalige Situation genau so zutreffend wie auf die heutige. Aber der gleiche Thomas Mann war bis zu seinem Tode ein eifriger Verfechter der Verständigungspolitik mit Moskau, und er scheute sich nicht, aus den Händen des kommunistischen Regimes in Weimar den Goethepreis entgegenzunehmen. Denn, so sagte er 1952: «Der Kommunismus ist eine Idee, eine im Wirklichen arg verzerrte Idee, aber deren Wurzeln tiefer reichen als Marxismus und Stalinismus, und deren reine Verwirklichung sich der Menschheit immer wieder als Forderung und Aufgabe stellen wird. Der Faschismus aber ist überhaupt keine Idee, sondern eine Schlechtigkeit, der hoffentlich kein Volk, klein oder groß, sich je wieder ergeben wird.» (Aus der Rede «Der Künstler und die Gesellschaft», gehalten am 9. August 1952 im Mozarteum in Salzburg, zitiert nach Thomas Mann, «Sorge um Deutschland», S. Fischer-Verlag, Frankfurt a. M. 1957, S. 127.) Auch darin steckt gewiß ein Korn Wahrheit. Aber seit Jahrzehnten ist die kommunistische Idee im «Wirklichen» so «arg verzerrt», daß sie unkenntlich geworden, ja in ihr Gegenteil umgeschlagen ist. Ihre angeblichen Verfechter haben sie längst zu einer solchen «Schlechtigkeit» umgebogen, wie Thomas Mann sie mit Recht im Faschismus sieht. Die «politischen Neurotiker» unter den westdeutschen Oppositionellen sollten sich daran gewöhnen, daß es nicht angeht, hier mit zweierlei Maß zu messen. Das wäre ein ebenso großer Irrtum, wie derjenige, der im sozialistischen Lager nicht selten begangen wird, der Irrtum nämlich, der heutige Kommunismus verkörpere wenigstens noch eine Abart von Sozialismus und stehe dem demokratischen Sozialismus des Westens daher immer noch näher als der sogenannte Kapitalismus. In welchem Maße diese Irrtümer dem vorgestrigen Denken entspringen, ist klar ersichtlich.

Die Opposition und ihre Aufgabe

Hier wollen wir den — keineswegs vollständigen — Katalog der Motive abbrechen und zum Ausgangspunkt unserer Betrachtung zurückkehren. Ich sprach von der Katastrophe, die im Jahre 1945 zu Ende ging, die aber noch heute nachwirkt und, ob wir wollen oder nicht, zum Erbteil der deutschen Gegenwart und Zukunft, zum Erbteil der Demokratie in der Bundesrepublik gehört. Ein sehr schweres Erbe, nicht allein wegen der sinnlosen Opfer des Krieges, sondern auch wegen der furchtbaren Schuld, die das deutsche Volk in zwölf Jahren auf sich geladen hat. Das Jahr Null, auf das die Gegner des Nationalsozialismus ihre Hoffnungen gesetzt hatten, kam nicht, nicht nur wegen der politischen Gegebenheiten der Nachkriegszeit. Hoffnungen solcher Art bleiben Illusionen, weil sie sich nicht mit der geschichtlichen Wirklichkeit vertragen. Nichts fängt in der Geschichte je ganz von vorne an, ohne die Vergangenheit als Erbe zu übernehmen. Die geschichtliche Gegenwart eines Volkes wird immer nur danach bemessen werden, wie es mit dem Erbe seiner Vergangenheit fertig geworden ist. Und in diese Aufgabe teilt sich die Opposition mit der Regierung.

Schon einmal hat die Opposition versagt, und Jahre bösester Barbarei folgten. Heute ist die Situation sehr ähnlich. Wieder stehen wir einem skrupellosen Gegner gegenüber. Möge die Opposition sich von den Illusionen und den Irrtümern der Vergangenheit befreien, möge sie das Vorgestern endlich überwinden. Sie muß lernen, die politische Wirklichkeit unserer Tage in den richtigen Proportionen zu sehen. Nur dann kann sie zu dem werden, was sie ihrer Aufgabe nach sein sollte, nämlich Ansporn und echtes Regulativ der politischen Kräfte in der Demokratie der Deutschen Bundesrepublik.